

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**P R O T O K O L L**

der 6. Sitzung  
Doppelsitzung

**Datum:** Montag, 9. Dezember 2002

**Zeit:** 18.00 bis 20.50 Uhr

**Ort:** Singsaal Lättenwiesen

**Vorsitz:** Ratspräsident Patrick Rouiller

**Protokoll:** Ratssekretär Roger Würsch

**Anwesend:** 34 Mitglieder

**Abwesend:** Elvira Kaese (berufliche Abwesenheit)  
Jörg Mäder (Auslandaufenthalt)

**Geschäfte:**

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 5. Sitzung vom 4. November 2002
3. Postulat Ursula Landolt (GV) und Mitunterzeichnende "Alters-, Alterswohn- und Alterspflegesituation" - Begründung
4. Stadtbibliothek - Genehmigung Mietvertrag mit der Burgring AG Immobilien, jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 162'810.-- für den Mietzins
5. Statutenänderung Zweckverband Forstrevier Hardwald
6. Genehmigung Voranschlag 2003 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**1. Mitteilungen**

---

**1.1 Eingegangene Post****B 5.1.1**

- Protokoll der 5. Büro-Sitzung vom 18. November 2002
- Geschäftsliste per 27. November 2002
- WKO 238 - Stollenfassung Opfikon
- SRB 215 - Verlegung Mischwasserkanal Böschenwiesen Ost
- SRB 225 - Erschliessung Glattpark - Vergabe Baumeisterarbeiten
- Plattform 3/02 - Forum und Hauszeitung von Pigna
- reformjournal - Informationen zur Zürcher Volksschulreform
- unimagazin 3/02

**2. Protokoll der 5. Sitzung vom 4. November 2002**

---

S. 60 Abs. 1: Es sollte heissen:

"... Es handelt sich um pflegebedürftige Personen, nicht um ~~keine~~ Alters-WG im eigentlichen Sinne....."

**Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.**

**3. Postulat Ursula Landolt (GV) und Mitunterzeichnende "Alters-, Alterswohn- und Alterspflegesituation" - Begründung****A 2.2**

---

Ursula Landolt (GV) begründet ihr Postulat. Die Begründung liegt zuhanden der Akten schriftlich vor. Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen (Art. 41 GO GR).

**4. Stadtbibliothek - Genehmigung Mietvertrag mit der Burgring AG Immobilien, jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 162'810.--****K 4.2.3**

---

Als Sprecher der RPK äussert sich Josef Gander zum Geschäft. Er hält sich an seinen schriftlich vorliegenden Bericht und Antrag und hat keine Ergänzungen dazu.

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

Finanzvorstand Werner Brühlmann wehrt sich vehement für die Vorlage. Der Stadtrat zeigt sich enttäuscht über den Antrag der RPK und findet den Bezug auf eine "anonyme, kompetente Person aus dem Immobilienbereich" als unseriös. Soll doch diese kompetente Person der Stadt zu einem besseren Vertrag führen. Der Stadtrat hat die Lage für Neubauten in Zentrumslage nochmals abgeklärt. Der offerierte Preis ist absolut marktkonform und der Vermieter kann der Stadt nicht weiter entgegenkommen. Die RPK anerkennt, dass eine Lösung für die Stadtbibliothek nötig ist, dass die Lage des Objektes gut ist und verweigert aber die Lösung. Das Schulraumproblem bleibt somit ungelöst und Alternativen im Zentrum gibt es keine. Die Aussenquartiere sind für eine Stadtbibliothek absolut ungeeignet. Er beantragt, den Stadtrat zu unterstützen.

Bruno Maurer erklärt im Namen der SVP, dass die Räumlichkeiten schlicht zu teuer sind. Er reicht ein Postulat der Fraktion ein, welches Abklärungen verlangt, ob der offene Lagerschopf an der Oberhauserstrasse 29 - im vernünftigen, finanziellen Rahmen - umgebaut werden könnte.

Rosmarie Bolliger (SP) stellt einen *Rückweisungsantrag, damit der Stadtrat die Mietkonditionen nochmals verhandeln könne*. Werner Brühlmann betont, dass es nichts mehr zum Verhandeln gibt.

**Der Rückweisungsantrag wird mit 27:7 Stimmen abgelehnt.**

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

**In der Abstimmung wird der Antrag der RPK mit 29:5 Stimmen unterstützt.**

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

4. Stadtbibliothek - Genehmigung Mietvertrag mit der Burgring AG Immobilien, jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 162'810.-- K 4.2.3
- 

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 25. Juni 2002 und der Rechnungsprüfungskommission vom 18. November 2002, sowie in Anwendung von Art. 35 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Mietvertrag mit der Burgring AG Immobilien für die Ausmietung der Stadtbibliothek wird abgelehnt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Finanzabteilung
  - Präsidentin Stadtbibliothek
  - Schulpräsident
  - Schulsekretär
  - Kanzlei
  - Liegenschaftenverwaltung

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**5. Statutenänderung Zweckverband Forstrevier Hardwald**

**L 1.3.1**

---

Als Vorstandsmitglied tritt Bruno Maurer in den Ausstand.

Der Sprecher der GPK - Alois Steiner - erklärt, dass Dietlikon die auslösende Kraft bei diesem Geschäft war, da sie ebenfalls mit zwei Sitzen im Vorstand sein wollten. Durch die Revision konnte nun auch das ganze Austritts- und Auflösungsverfahren geregelt werden.

**Dem Geschäft wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.**

**5. Statutenänderung Zweckverband Forstrevier Hardwald**

**L 1.3.1**

---

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 15. Oktober 2002 und der Geschäftsprüfungskommission vom 25. Oktober 2002 sowie in Anwendung von Art. 36 Abs. 1 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

**BESCHLIESST:**

1. Der Statutenänderung des Zweckverbandes Forstrevier Hardwald (Fassung vom 21. August 2002) wird zugestimmt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Gemeinderat Dietlikon, 8305 Dietlikon
  - Gemeinderat Wallisellen, 8304 Wallisellen
  - Finanzvorstand
  - Finanzabteilung
  - Liegenschaftenverwaltung

**6. Genehmigung Voranschlag 2003 und Festsetzung des erforderlichen Steuerfusses**

**F 4.6.7**

Ratspräsident Patrick Rouiller erläutert das Vorgehen. Nach der Eintretensdebatte sollen die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen, die Investitionsrechnung im Finanzvermögen und die Laufende Rechnung bereinigt werden. Danach folgt die Debatte über den Steuerfuss und zum Schluss noch die Schlussabstimmung.

**EINTRETENSDEBATTE**

RPK-Präsident Paul Remund geht auf die Geschichte des Voranschlages 2003 ein. Die erste Version sah einen Aufwand-Überschuss von Fr. 5,3 Mio. vor (inkl. Fr. 8 Mio. zusätzliche Abschreibungen). Anfangs November kam dann aber vom Kanton die grosse Negativ-Meldung, wonach die aktiven Steuerausscheidungen von einem juristischen Steuerzahler im Jahr 2003 um Fr. 8 Mio. tiefer ausfallen werden als angenommen (budgetiert: Fr. 15 Mio.). Der Stadtrat hat daraufhin beschlossen, den Voranschlag 2003 deshalb nicht nochmals zu überarbeiten, sondern nur die direkten Folgen dieser Ertragsminderung zu berücksichtigen. Trotz einem Aufwand-Überschuss von Fr. 13,3 Mio. soll der bisherige Steuerfuss von 82 % beigehalten werden. Dies in der Hoffnung, dass der Konjunkturaufschwung in ein bis zwei Jahren eintreten wird und man bis dahin einen Aufwandüberschuss über das vorhandene Eigenkapital von gegenwärtig Fr. 66,8 Mio. ausgleichen kann. Die grosse Abhängigkeit von juristischen Steuerzahlern wird nun schonungslos offenbart. Die RPK stellt weiter fest:

- dass für die nächsten Jahre sehr hohe Investitionen anfallen werden;
- dass sich die Passiv-Zinsen dank Ablösung langfristiger Verbindlichkeiten weiter zurückbilden werden;
- dass der Steuerkraft-Ausgleich durch die im Vorjahr getätigten Rückstellungen nicht auf einem neuen, absoluten Höhenrekord von Fr. 18 Mio., sondern nur die ebenfalls gewaltige Höhe wie im Vorjahr, nämlich Fr. 12 Mio. zu stehen kommt.

Die RPK nimmt lobend zur Kenntnis, dass der Stadtrat vor Bekanntwerden der dramatischen Mindereinnahmen bereits eine ansehnliche Sparrunde unter der Federführung des Finanzvorstandes durchgeführt hat. Vor diesem arg verschlechterten Ergebnis müssen aber zusätzliche Sparbemühungen erkennbar werden. Die RPK will diesem Ziel mit ihren Anträgen zum Durchbruch verhelfen. Die abermals stark gestiegenen Personalkosten bereiten Sorge. Auch die erneute Zunahme beim Sachaufwand ist beängstigend. Im Gegensatz zum Personalaufwand sind hier Kürzungen absolut vertret- und vor allem auch durchführbar. Zum Schluss dankt Paul Remund allen, die an der Erstellung und Vorberatung dieses Voranschlages mitgewirkt haben und beantragt im Namen der RPK auf den Voranschlag 2003 einzutreten.

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

Finanzvorstand Werner Brühlmann erwähnt ebenfalls die erste Sparrunde, in welcher die Laufende Rechnung um gut Fr. 5 Mio. gekürzt wurde. Unvorhersehbar waren für ihn die Ereignisse mit den Steuerauscheidungen. Mit der betroffenen Firma wurden vorgängig Gespräche geführt, worauf der Ertrag gegenüber dem Vorjahr um 50% gekürzt wurden. Kurz danach kam die Nachricht, dass der tatsächlich anfallende Betrag nochmals um mehr als 50% kleiner sein wird. Der Stadtrat hält am Steuerfuss fest, weil er gegen Schnellschüsse ist, und weil das Netto-Vermögen für eine kurzfristige Überbrückung herangezogen werden kann/soll. Werner Brühlmann hält jedoch fest, dass in Opfikon nicht die Ausgaben überborden, sondern dass die Einnahmen ausbleiben. Er ist klar der Ansicht, dass keine Positionen für schmerzlose Streichungen vorhanden sind. Die Mittel werden benötigt, um die Regierungsziele zu erreichen und nötige, bereits aufgeschobene Arbeiten, wie auch Sanierungen usw. vornehmen zu können. Den globalen Kürzungsantrag der RPK erachtet er als fragwürdig. Der Gemeinderat nimmt damit seine Verantwortung nicht wahr. Neben den gesetzlichen Aufträgen und Aufgaben liegen auch viele Arbeiten vor, welche vom Gemeinderat beschlossen wurden. Der Stadtrat kann sich dort nicht einfach über diese Entscheide hinwegsetzen. Bei den Baugeschäften erwähnt Werner Brühlmann, dass die Baueingabe beim Hotel Fallwiesen erfolgte. Die Einnahmen 2002 (Fr. 6 Mio.) sind ausgeblieben und sollten nun 2003 erfolgen (nicht im Budget). Auch Werner Brühlmann beantragt auf den Voranschlag einzutreten.

Die Fraktionssprecher Leo Wehrli (SVP), Konrad Fiechter (EVP), Erich Weidmann (GV), Christoph Brühlmann (SP/NIO), André Zika (FDP) und Anton Steiner (CVP) votieren alle für Eintreten, folgende Meinungen wurden abgegeben:

- Voranschlag hat immer noch sehr viele Reserven (SVP);
- Kontrollleistungen von Gesetzes wegen müssen kostendeckend erfolgen (Verursacherprinzip) (SVP);
- Grosses Sparpotential bei den Liegenschaften und deren Bewirtschaftung, sowie bei den Verzinsungen des Fremdkapitals und evtl. mit einem optimierteren, zentralen Einkauf z.Bsp. beim Büromaterial (SVP);
- Es zeigt sich, wie dünn das Eis ist, auf dem sich Opfikon bisher bewegte. Willkürliche Streichungen sind schlecht. Das Beispiel "Schule", welche selbstständig Streichungspotential aufzeigte - wird gelobt (EVP);
- Eigentlich wurden nicht nur Kürzungen sondern auch eine Steuererhöhung erwartet (GV);
- Stadtrat drückt sich vor unangenehmen Entscheidungen (GV);
- Investitionen Glattpark und Strassensanierungen müssen neu überdenkt werden (GV);
- Stadtbahn wird sehr teuer (Investitionen plus Beitrag an ÖV) (GV);
- Steuerfusserhöhung wird beantragt werden (SP/NIO);
- Für 2003 ist von Seiten der Wirtschaft keine Besserung zu erwarten (FDP);
- Jetzt investieren, gute Projekte verwirklichen. Treibt Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze (CVP);

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

- Löhne der Verwaltung werden den Unternehmern weggenommen (CVP);
- Tiefe Steuern fördern Investitionen, unternehmerisches Denken und Arbeitsplätze (CVP).

Leo Wehrli (SVP) stellt folgende Frage:

Wie hoch war das Engagement des Stadtrates mit dem Kanton überhaupt über die aktiven Steuerauscheidungen zu verhandeln? Wird überhaupt verhandelt? Da wäre sicherlich noch etwas zu holen (ein Votum, welches auch von Heinrich Eberhard (SVP) begründet unterstützt wird).

Heinrich Eberhard (SVP) ist der Ansicht, dass der Glattpark mit See durch die Grundeigentümer finanziert sein sollte und fragt sich, was hier für konkrete Beiträge und Vorfinanzierungen vorgesehen sind.

Finanzvorstand Werner Brühlmann äusserst sich zu den Voten. Bei der Steuerauscheidungen nimmt die Stadt Zürich (Steuersitz) 1/5 selber ein. Bei der betroffenen Firma liegt das Problem auch darin, dass sie offiziell zwei Hauptsitze ausweist, was die Lage nicht einfacher macht. Zudem können Firmen, Knall auf Fall, Beteiligungsabzüge machen. In diesem, einen Fall fliessen auf einmal rund Fr. 16 Mio. (26 Steuerprozent!) weniger. Werner Brühlmann ist weiterhin überzeugt, dass die Einnahmen das Problem sind, nicht die Ausgaben. Im Glattpark werden erst Gelder - in Form von Gebühren und Steuern - zurückfliessen, wenn die Erschliessung erfolgt ist. Über den Glattpark wird der Gemeinderat nächsten Frühling ein Geschäft erhalten.

Bauvorstand Walter Epli ergänzt, dass man sich die Dimensionen des Glattparks nochmals vor Augen führen muss. 6'500 Einwohner, 7'000 Arbeitsplätze. Bisher hat die Erschliessung die Stadt Opfikon nur Fr. 2,5 Mio. gekostet. Die Planung und Erbauung des Parks und des Sees finden im Rahmen der 1. Etappe statt. Da aber die Kosten auch von den Landbesitzern der 2. und 3. Etappe mitgetragen werden müssen, wird eine Vorfinanzierung nötig werden.

Christian Müller (SVP) ist der Ansicht, dass sich auch eine Stadt nicht vor Themen wie "Leistungsabbau", "Personalabbau" und "Lohnkürzungen" drücken kann (siehe Sanierungsprogramm 04 des Kantons).

Stadtpräsident Walter Fehr betont, dass Opfikon mit Bestimmtheit eine Top-Verwaltung ist. Auch der Schnitt Einwohner/Angestellte sieht sehr gut aus. Auch der Stadtpräsident ruft den Gemeinderat in Verantwortung. Viele Leistungen der Stadt werden auf Geheiss des Gemeinderates gemacht. Diesen entsprechenden Leistungsabbau muss auch der Gemeinderat lancieren/bestimmen.

**Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.**

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**DETAILBERATUNG**

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (Seiten 91 - 102)

15 Präsidialabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

20 Bauamt

Feststellung RPK: Ob, wann und in welcher Form sich die SBB an einer allfälligen Sanierung des Bahnhofs Opfikon beteiligen werden, steht noch nicht fest. Die schlechte Finanzlage beim Bund hat dazu geführt, dass zur Zeit auf die Sanierung von 120 Bahnhöfen in der Schweiz verzichtet werden soll. Auch der Bahnhof Opfikon ist auf dieser Liste. Ob das vorhandene Projekt 2003 realisiert werden kann, darf bestritten werden. Die geplanten Investitionen von Fr. 2,2 Mio. dürften nicht anfallen.

32 Sport- und Vereinsabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

35 Gesundheitsabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

40 Polizei- und Wehrabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

45 Sozialamt

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

61 Liegenschaften-Verwaltung

- |              |   |      |
|--------------|---|------|
| 610.5030.101 | Schulanlage Mettlen Rückbau Bibliothek<br>Der Antrag der RPK, diese Fr. 50'000.-- zu streichen (Aufgrund Beschluss Nr. 4 von heute) wird mit 24:10 abgelehnt.     | -.-- |
| 617.5030.101 | Liegenschaften VV, Innenausbau Bibliothek<br>Der Antrag der RPK, diese Fr. 270'000.-- zu streichen (Aufgrund Beschluss Nr. 4 von heute) wird mit 24:10 abgelehnt. | -.-- |

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

65 Finanzabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

**In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen einstimmig zugestimmt.**

Investitionsrechnung im Finanzvermögen (Seiten 105 - 106)

90 Liegenschaften-Verwaltung (FV)

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

95 Finanzabteilung (FV)

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

**In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzvermögen einstimmig zugestimmt.**

Von 19.20 bis 19.50 findet eine Pause statt, in welcher der Rat durch das Badrestaurant verpflegt wird.

Laufende Rechnung (Seiten 9 - 87)

Besoldungen, Teilzeitbeschäftigte

****.3100.**	Sachaufwand (mit Ausnahme 10	- Fr. 1'033'555.--
bis .3191.**	definierter Konten)	
	(- 10 %)	

Dieser Antrag der RPK wird durch deren Präsident, Paul Remund, ausgiebig begründet und mit Zahlen belegt. Er bittet die Ratsmitglieder, diesen globalen Kürzungsantrag zu unterstützen und daraufhin beim Sachaufwand keine weiteren Änderungsanträge mehr vorzunehmen, damit der Stadtrat die beabsichtigte absolut freie Hand zur Umsetzung auch erhält.

Zuhanden des Protokolls gibt Finanzvorstand Werner Brühlmann folgende Erklärung ab:

Der Stadtrat macht auf folgendes aufmerksam:

1. Im bezeichneten Sachaufwand sind Fr. 2'230'000.-- Bestandteil von Globalbudgets. Ein Globalbudget ist ein Vertrag mit einem Leistungserbringer. Wenn Teilbeträge in den Ausgaben gekürzt werden, müssen alle Globalbudgets korrigiert werden (Aufwand, Ertrag, Kostendeckungsgrad, Indikatoren sämtlicher Produkte).

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

2. Im bezeichneten Sachaufwand sind Fr. 265'000.-- Bestandteil von Selbsttragenden Institutionen. Reduktionen in der Abwasser- und Abfallentsorgung sind nicht steuerrelevant.

*Er stellt den Antrag, über diese beiden Bereiche separat abzustimmen.*

3. Im Bereich "Dienstleistungen Dritter" sind Leistungen enthalten, die den eigenen Personalaufwand kompensieren. Diese Leistungen sind an Verträge gebunden und können nicht um 10% gekürzt werden.
4. Der Hinweis, dass optimiertes Einkaufsverhalten zu 10% günstigeren Preisen führt, unterstellt der Stadtverwaltung, dass sie heute überrissene Preise bezahlt. Seit Jahren werden Einkäufe gebündelt um Kosten zu reduzieren - das anvisierte Sparpotential besteht nicht.
5. Mehrere Positionen betreffen Material, welches eingekauft und mit Gewinn wieder verkauft wird. Eine Kürzung dieser Positionen führt zu geringeren Einnahmen.

Im Schreiben des Bezirksrates an die RPK steht, dass deren Antrag unter Einhaltung von Rahmenbedingungen grundsätzlich möglich ist. Den Grundsatz der Budgetwahrheit bzw. der Machbarkeit beachtet die RPK nur bedingt, weil die einzelnen Budgetposten möglichst genau zu ermitteln sind. Der Bezirksrat schreibt auch klar, dass rechtskräftige Beschlüsse bzw. verbindliche Verträge eingehalten werden müssen.

Nach einer kurzen Diskussion über das Einkaufsverhalten, die Bereitstellung von Fahrzeugen und Geräten, wird abgestimmt.

**Der Antrag des Stadtrates, das Globalbudget aus dem globalen RPK-Antrag auszuschliessen wird mit 28:6 Stimmen abgelehnt.**

**Der Antrag des Stadtrates, die Selbstständigen Institutionen aus dem globalen RPK-Antrag auszuschliessen wird mit 24:10 Stimmen abgelehnt.**

**Der Antrag der RPK, den Sachaufwand global um Fr. 1'033'555.-- zu kürzen wird mit 33:1 Stimmen unterstützt.**

## 10 Legislative und Exekutive

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

## 15 Präsidialabteilung

Roland Hüsey (SVP) erkundigt sich nach der im Kommentar erwähnten Nachforderungen bei der MWSt beim Stadtanzeiger und über die Aufgaben und Zusammensetzung der Integrationsgruppe.

Stadtpräsident Walter Fehr erklärt, dass es der Stadtanzeiger seit Jahren versäumt hat, die MWSt einzutreiben. Rechtlich ist es möglich, in einem gewissen Umfang Rückforderungen zu stellen.



SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

61 Finanzabteilung - Liegenschaften

6190.4230.00 Mietzinsen + Fr. 18'000.--  
Fehler im Voranschlag, der Antrag der RPK  
wird vom Stadtrat unterstützt.

Heinrich Eberhard (SVP) stellt einige Fragen zum Liegenschaftenbesitz der Stadt: Gibt es Gesetzesgrundlagen für einen Liegenschaftenbesitz im FV? Evtl. Gemeinderatsbeschlüsse? Bräuchte es nicht einen Gemeinderatsbeschluss für die Handhabung der Unterdeckung? Mit welchen Massnahmen werden Verkäufe gefördert? Wie können der Unterhalt gesenkt und die Erträge erhöht werden? Sind Liegenschaftenkäufe geplant; mit welchen Überlegungen?

Werner Brühlmann erwähnt, dass die RPK jedes Jahr die Bruttorenditen vorgelegt erhält. Viele Liegenschaften der Stadt werden auch durch die Stadt benutzt. Erträge könnten nur über interne Verrechnungen erzielt werden. Bedeutet Mehraufwand, welcher unter dem Strich nur kosten, nichts bringt. Es ist bekannt, welche Liegenschaften zum Verkauf stehen. Die Stadt kriegt regelmässig Liegenschaften zum Kauf angeboten. Der Kauf von Liegenschaften im Planungsbereich der Stadt (Ergänzungen, strategisch günstige Grundstücke) werden jeweils geprüft. Liegenschaften, welche nicht für die Verwaltung und städtische Bedürfnisse benötigt werden, stehen grundsätzlich zum Verkauf bereit - es müssen aber auch Käufer vorhanden sein.

65 Finanzabteilung - Verwaltung

Heinrich Eberhard (SVP) erkundigt sich über die Überlegungen der Stadt langfristige Verbindlichkeiten durch kurzfristige, zinsgünstigere Darlehen abzulösen.

Werner Brühlmann erklärt, dass zur Zeit grundsätzlich bei teuren Darlehen eine günstigere Ablösung angestrebt wird. Es muss aber auch jeweils die Gefahr der Zinserhöhung bei kurzfristigen Darlehen beachtet werden.

**In der Zwischenabstimmung wird der "Laufende Rechnung" einstimmig zugestimmt.**

**SCHLUSSANTRAG UND FESTSETZUNG DES ERFORDERLICHEN STEUERFUSSES**

RPK-Präsident, Paul Remund, erklärt, dass die Steuerstrategie des Stadtrates bei einer nach wie vor guten Finanzlage - wie sie die Stadt Opfikon zum Glück noch aufweist - zu verantworten ist. Der Versuch, den Steuerfuss einigermaßen stabil/konstant zu halten ist richtig. Die Finanzlage erlaubt es die Problematik in Ruhe ohne Panik anzugehen. Die RPK schliesst sich mit 5:0 dem Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss für das Jahr 2003 auf den bisherigen 82 % zu belassen an.

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

Christoph Brühlhart, Sprecher der SP/NIO-Fraktion, erwähnt, dass ein äusserst unsicheres Jahr mit einer äusserst unsicheren Wirtschaftssituation ansteht. Auch die Einnahmen aus Landverkäufen sind alles andere als gesichert. Aus diesem Grund stellt die Fraktion den Antrag, *den erforderlichen Steuersatz um 4 % auf 86 % der einfachen Staatssteuer, für das Jahr 2003 zu erhöhen und festzusetzen.*

**In der Abstimmung wird der Antrag der RPK und des Stadtrates gegenüber dem Antrag der SP/NIO mit 22:12 Stimmen unterstützt.**

**In der Schlussabstimmung wird dem Voranschlag 2003 mit einem Steuerfuss von 82 % einstimmig (34 Stimmen) zugestimmt.**

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

6. Genehmigung Voranschlag 2003 und Festsetzung des erforderlichen Steuerfusses

F 4.6.7

---

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 1. Oktober 2002 und der Rechnungsprüfungskommission vom 20. November 2002 und auf Art. 35 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2003 inkl. der Globalbudgets, wird, unter Berücksichtigung der verabschiedeten Änderungen, genehmigt.
2. Es wird eine Gemeindesteuer von 82% der einfachen Staatssteuer von Fr. 38'400'000.-- erhoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat zum Vollzug
  - Schulpflege
  - Abteilungsleiter/innen
  - Finanzverwaltung (3 Originale)
  - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**Schluss der Sitzung**

---

Der Ratspräsident wünscht allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Patrick Rouiller macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 12. Dezember 2002

Für richtiges Protokoll  
Der Ratssekretär:

R. Wüsch

SITZUNG VOM

9. Dezember 2002

**Protokoll geprüft:**

**Datum:**

Der Präsident:

.....

Der 1. Vizepräsident:

.....

Der 2. Vizepräsident:

.....